

akzente

Monatszeitung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

10 Jahre Krieg – 10 Jahre zuviel!

Seit 10 Jahren führt die NATO Krieg in Afghanistan. Vor 10 Jahren wurde auf der Petersberger Konferenz bei Bonn von den Westmächten eine provisorische Regierung für Afghanistan mit Karzai an der Spitze eingesetzt, deren Legitimation durch das afghanische Volk bis heute in Frage steht. Nun hat die Bundesregierung erneut diese Regierung und die kriegführenden Länder auf den Petersberg eingeladen, um über „politische Lösungen“ und „Truppenabzug“ zu beraten. Eine Farce! In Wahrheit will die Kriegsallianz den mörderischen Krieg weiterführen und lediglich über das Wie beraten.

Deshalb mobilisiert die Friedensbewegung an diesen Tagen – 3. bis 5. Dezember – nach Bonn zu vielfältigen Aktionen gegen diesen Krieg.

10 Jahre Krieg der NATO in Afghanistan sind 10 Jahre zuviel!

Erklärung von Mitgliedern des Europäischen Friedensforums zum 10. Jahrestag des Beginns des Krieges der NATO in Afghanistan

Seit 10 Jahren führt die NATO – an ihrer Spitze die USA – in Afghanistan einen erbarmungslosen Krieg, mit dem Menschenrechte und das Völkerrecht missachtet werden.

Seit 10 Jahren sterben Tausende Zivilisten und fallen Soldaten in diesem Land, werden Leid und Verwüstungen angerichtet, um strategische Interessen der USA und ihrer Verbündeten in dieser Region durchzusetzen, den Zugriff auf Rohstoffressourcen zu erringen bzw. sicherzustellen.

Seit 10 Jahren erklärt die offizielle Politik – entgegen den tatsächlichen Entwicklungen in und um Afghanistan –, dass dieser Krieg ange-

lich dem „Kampf gegen den Terror“, „humanitären Zielen“, der Einführung eines „demokratischen Staates“ und ähnlichen hehren Zielen dient.

Seit 10 Jahren wird mit diesen Lügen der Krieg von den bürgerlichen Medien – mit wenigen Ausnahmen – als eine zivilisatorische Mission des Westens dargestellt.

Seit 10 Jahren versinkt dieses geschundene Land immer mehr in Zerrüttung, Elend, Korruption und Ausweglosigkeit, wird es durch die westliche Besatzung immer mehr in einen blutigen Bruderzwist getrieben.

Seit 10 Jahren werden in diesem Krieg materielle und finanzielle Mittel vergeudet, die dringend für einen friedlichen Aufbau des Landes gebraucht würden.

Wir sagen: Genug, es reicht, Schluss!

Seit 10 Jahren wird immer deutlicher, dass das Problem aller Probleme dieses Landes die ausländische Intervention und Besatzung sind, die der Selbstbestimmung des afghanischen Volkes in Frieden im Wege stehen.

Wir fordern: Unverzüglichem Abzug aller Besatzungstruppen! Frei werdende Mittel für Wiedergutmachung und friedlichen Aufbau einsetzen!

Diese Erklärung wird u. a. unterstützt von der GBM (Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums), von der ukrainischen, der russischen und der bulgarischen Sektion des Europäischen Friedensforums, von der tschechischen Vereinigung „Soldaten gegen den Krieg“ sowie von der Friedensinitiative Bad Kleinen, dem Revolutionären Freundschaftsbund Dresden und weiteren Friedensgruppen in der BRD.



In der Folge monatlicher Veranstaltungen des Berliner Alternativen Geschichtsforums in der GBM-Galerie in der Berliner Weitlingstraße beantwortete im Oktober Prof. Dr. Herbert Graf anhand seines neuen Buches „Interessen und Intrigen“ (edition ost) die Frage „Wer spaltete Deutschland?“

Foto: Jens Schulze

Der Vorstand tagte

Im Mittelpunkt der Vorstandssitzung vom 25. Oktober stand das für 2012 beabsichtigte Tribunal, das sich mit der Durchsetzung der Menschenrechte in der Bundesrepublik befassen soll. Vorbereitet werden soll es mit regionalen Veranstaltungen, in denen Verletzungen der Menschenrechte konkret belegt werden, und mit der Bildung eines Vorbereitungskomitees aus Vertretern von Mitgliedsorganisationen des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV). Die GBM erarbeitet eine Gesamtkonzeption für Thematik und Organisation des Tribunals. Den Vorschlägen zu diesem Komplex, die vom Vorsitzenden, Prof. Dr. Wolfgang Richter, begründet und vom stellvertretenden Vorsitzenden Karl-Heinz Wendt erläutert wurden, stimmte der Vorstand zu.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der Vorstand der verstorbenen stellvertretenden GBM-Vorsitzenden Dr. Ursula Schönfelder und des verstorbenen langjährigen OKV-Vizepräsidenten Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer ehrend gedacht.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden Vorbereitungen für die diesjährige Verleihung des GBM-Menschenrechtspreises am 10. Dezember und für die Beratung mit den Sprechern der GBM-Ortsverbände am 17. No-

vember getroffen. Die Schatzmeisterin, Dr. Gisela Hering, berichtete über die bisherige Erfüllung des Haushaltsplans 2011, die eine weitere Verwirklichung der Aufgaben unserer Gesellschaft ermöglicht.

Zu Beginn seiner Zusammenkunft hatte der Vorstand sich Ausschnitte aus einem Dokumentarfilm „Der längere Atem“ vorführen lassen, der die Remilitarisierung der BRD in ihren Anfangsjahren und den Widerstand dagegen darstellt. Der Film entstand in seiner ursprünglichen Fassung vor drei Jahrzehnten an der Hochschule für Fernsehen und Film in München, seine Aufführung wurde dort bisher verhindert. Er eignet sich jedoch gut für die friedenspolitische Arbeit.

G. F.

Kämpfen wir weiter um gerechte Renten! Seite 2

Aktiv gegen Verletzung von Menschenrechten Seite 3

Jubiläumsjahr mit guter Bilanz Seite 4

Grande Dame der deutschen Keramikunst Seite 6

*Allen Mitgliedern der GBM,
allen Leserinnen und Lesern wünschen wir
ein frohes Weihnachtsfest!*

Bundsvorstand & Redaktion und Verlag

„Gesundheitsreform“ höhlt soziale Sicherung aus

Am 7. Oktober fand die dritte Seniorenkonferenz des Seniorenpolitischen Netzwerkes Chemnitz statt. Thema war „Gesundheitsreform 2011 - ein weiterer Schritt zur Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme“.

In seiner Eröffnungsrede legte Prof. Dr. Fürbaß eindringlich dar, dass die Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme bereits 1990 unter Kohl begann und später unter Schröder fortgesetzt wurde. Er wies dabei auf Fakten hin wie zum Beispiel

- die Senkung des Rentenfaktors (wurde begründet mit demografischem Wandel),
- die Senkung der Vermögensteuer von 49% auf 42% (weniger Mittel für Sozialausgaben),
- die Einführung der Praxisgebühr, Zuzahlungen, Einschränkung der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung,
- die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent.

Unter der von Rösler durchgeführten „Gesundheitsreform“ wurde zwar nichts versteuert, aber die Beitragsanteile der Arbeitgeber wurden eingefroren, d.h. die Versicherten tragen jede Beitragserhöhung allein.

Prof. Fürbaß zog daraus den Schluss: „Es geht nicht um die Bekämpfung der Armut, sondern um die Förderung des Reichtums.“

Frau Dr. Volkmer (MdB-SPD-Fraktion und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit im Deut-

schen Bundestag) sprach in ihrem Vortrag leider nicht zum oben angeführten Thema, der Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme. Sie begann ihre Ausführungen mit der Frage: Was sind die Aufgaben der Gesundheitspolitik? Kurz zusammengefasst: allen Bürgern die notwendige, zweckmäßige und wirtschaftlich vertretbare Behandlung zu ermöglichen und sie am medizinischen Fortschritt teilhaben zu lassen.

Neben Ausführungen zur Entwicklung des Gesundheitswesens mit Anwendung der neuesten technischen Möglichkeiten (die entsprechend kostenintensiv sind!) legte sie im Folgenden den im Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf zum Versorgungsstrukturgesetz dar. Er umfasst drei Komplexe:

- Bedarfsplanung
- Ambulante Spezialversorgung
- patientenrelevante Regelungen

Diese drei Komplexe wurden inhaltlich ausführlich erläutert und dabei begründet, welche Änderungen am Gesetzentwurf die SPD-Fraktion vor schlägt bzw. worum sie streitet.

In der anschließenden Diskussion ver gleich Herr Wehner, Vizepräsident des Sächsischen Landtages, das heutige Gesundheitswesen mit dem der DDR, das wesentlich bürgernäher und effektiver war. Solange das bestehende Gesundheitssystem nur reformiert werde, könne es keine wirklichen Ver-



Horst Wehner, 2. Vizepräsident des Sächsischen Landtags, bei seinen Ausführungen in der Chemnitzer Seniorenkonferenz

änderungen geben. Die vorgesehene Bürgerversicherung werde diese notwendige Veränderung des Systems nicht bringen. Um die gegenwärtigen Probleme zu lösen sei es notwendig, - sich intensiv um die Niederlassungen von Ärzten zu bemühen, u. a. Verhandlungen bereits mit den Studierenden aufzunehmen, - die Bildung von gesundheitlichen Versorgungszentren zu verstärken (dabei gilt es noch eine Reihe rechtlicher Hürden zu nehmen),

- die Vielzahl der Vorschriften und Einschränkungen zu reduzieren, um dem medizinischen Personal die Arbeit zu erleichtern.

In seinem Schlusswort wies Prof. Dr. Fürbaß darauf hin, dass die Einnahmen der Krankenkassen um vieles höher sein können, würde die Bemessungsgrenze wegfallen oder gäbe es einen gesetzlichen Mindestlohn statt Niedriglöhnen.

Unser Gesundheitswesen sei gut, aber die Frage ist: Können wirklich alle daran teilhaben - leider nicht!

Seine Ausführungen schloss er mit dem Hinweis: Bald sind Wahlen - nützt die Gelegenheit, mit konkreten Fragen an die Kandidaten konkrete Antworten einzufordern!

Am 10. Oktober wertete der Sprecher der Seniorenkonferenz aus und kam zu dem Schluss, dass diese Konferenz viele Fragen aufgeworfen habe, ohne dass eine befriedigende Antwort gegeben wurde. Sie habe nicht den gewünschten Erfolg gebracht und war insgesamt unbefriedigend. Es wurde festgelegt, künftig bei der Auswahl der Referenten unseren Einfluss im Seniorenpolitischen Netzwerk stärker geltend zu machen. Es sollten solche Referenten eingeladen werden, die helfen, den Widerstand der Senioren gegen die Regierungspolitik zu organisieren.

Ursula Steger
im Auftrag des Sprecherrates

Für den 10. November 2011 war ursprünglich im Bundestag eine Beratung zur Entwicklung der Ostrenten vorgesehen. Sie wurde jedoch kurzfristig auf einen bis Redaktionsschluss noch nicht benannten Termin verschoben.

Gegenstand des Tagesordnungspunktes werden die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 13. April 2011 (Drucksache 17/7393), zwei Anträge der SPD zur „Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Rentenüberleitungsabschlusses und zur Einrichtung eines Härtefallfonds“ (Drucksache 17/6486), zu „Ost-West-Angleichung von pauschal bewerteten Versicherungszeiten beim Erwerb von Entgeltpunkten für die Rentenversicherung vornehmen“ (Drucksache 17/6487) und ein Antrag der Linksfraktion „Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht“ (Drucksache 17/7034) sein.

Kurz einiges zum Inhalt dieser Anträge.

Die Antwort der Bundesregierung zur Großen Anfrage ist im Prinzip

Kämpfen wir weiter um gerechte Renten!

recht ausweichend. Es wird zum Teil auf noch unzureichende oder nicht vorhandene Auskunftsmaterialien verwiesen. Konkrete Antworten sind kaum zu finden.

Die Anträge der SPD befassen sich im Grunde genommen nur mit Teilbereichen der Rentenangleichung. So mit der Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die die sozialen Wirkungen der Rentenüberleitung auf Handlungsbedarf untersucht, konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung einer Transferleistung für Betroffene formuliert, soziale Härten genau definiert, ein Finanzierungskonzept vorlegt, in dem eine möglichst konkrete Prognose für die benötigten Mittel enthalten ist, sowie mit der verbesserten Anerkennung von Versicherungszeiten für die Kindererziehung, für pflegende Angehörige, des Wehr- und Zivildienstes, der Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen. Mit dem Antrag der Linksfraktion wird 20 Jahre nach deren Inkraft-

treten eine gründliche Überprüfung und umfassende Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) und des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) als angezeigt festgestellt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzusetzen, um die Wirkungen der bisherigen Rentenüberleitung zu überprüfen, einen Vergleich der sozialen Lage der Berufsgruppen in Ost und West im Alter vorzunehmen und zeitnahe Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Dabei sind zu berücksichtigen: die Überführungslücken bei DDR-spezifischen Regelungen (Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens, die besondere Situation von in der DDR Geschiedenen, berufsbezogene Zuwendungen für Ballettmitglieder, Ansprüche von Bergleuten in der Braunkohleveredelung, Pflegezeiten bei Familienangehörigen, Zeiten für Selbständige und deren Familienangehörige, Zeiten im zweiten Bildungsweg und

in Aspiranturen, Zeiten für ins Ausland mitreisende Ehepartner, sämtliche freiwilligen Beiträge zur Aufrechterhaltung von Rentenansprüchen), Versorgungsleistungen für die Angehörigen der Intelligenz, die Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post, der Missbrauch des Rentenrechts als politisches Strafrecht, der Vollzug des Ausgleichs zwischen den Rentenwerten Ost und West innerhalb der nächsten fünf Jahre sowie die Beibehaltung der Hochwertung der Entgelte im Osten.

Die Finanzierungsregelungen sind so zu gestalten, dass sie differenziert die Versicherungsgemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Bundes- und Länderhaushalte zu tragen haben. Die stufenweise Angleichung des Rentenwertes Ost an West in absehbarer Zeit ist aus Steuermitteln zu begleichen.

Im Einzelnen können die Antworten der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion sowie die Anträge in den oben genannten Drucksachen des Deutschen Bundestages nachgelesen werden.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Kämpfen wir weiter um gerechte Renten!

(Fortsetzung von Seite 2)

Was können wir von dieser Beratung erwarten?

Einen Vorgeschmack auf die Debatte ergibt sich aus dem Auftreten des Ostbeauftragten der Bundesregierung, Staatssekretär Dr. Bergner, bei einer vom DGB-Bezirk Halle-Desau am 17. Oktober diesen Jahres veranstalteten Podiumsdiskussion mit der Leiterin des Bereiches Sozialpolitik beim ver.di-Vorstand, Dr. Judith Kerschbaumer. Vehement vertrat Herr Dr. Bergner die Auffassung, dass es nur entweder die Angleichung des Rentenwertes an den Westwert geben könne oder die Beibehaltung der Entgeltaufwertung. Beides zusammen sei eine Bevorteilung der Ostrentner. Diese These ist jedoch längst anhand von etlichen realistischen Berechnungen widerlegt und wurde auch von Dr. Kerschbaumer gut begründet zurückgewiesen. Damit werden die Löhne und Gehälter in Ost und West vergleichbar gemacht. Und solange die Ostlöhne hinterherhinken, brauchen wir den Ausgleich bei der Renteberechnung.

In einem Interview mit der Mitteldeutschen Zeitung hat sich Frau Dr. Kerschbaumer zum Rentendialog der Bundesregierung geäußert. Nach ihrer Auffassung ist davon hinsichtlich der Rentenangleichung nicht viel zu erwarten. Schließlich würde das Geld kosten. Zum anderen sei die betroffene Klientel überschaubar.

Wir haben in den letzten Monaten mit unserer Markierung der Sozialgrenze, auch „akzente“ berichtet darüber, auf dieses bedeutsame Vereinigungsdefizit öffentlich aufmerksam gemacht und auf der Straße ein durchweg positives Echo erfahren. In der Sendung „Abendschau“ des RBB am 09. November hat sich der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Wowereit, dazu geäußert. Er sagte, dass tatsächlich noch eine Differenz in Sachen Besoldung, Löhne und Renten anstelle der Mauer weiterhin zwischen Ost und West existiert. Das haben wir von ihm noch nie gehört.

Was müssen wir nun weiter tun?

Zunächst sollten wir die Debatte im Bundestag abwarten und die neuen oder auch „alten“ Argumente der Regierungsparteien zur Kenntnis nehmen. Vermutlich werden die Anträge in die Ausschüsse verwiesen. Wir sollten dann in persönlichen Schreiben an die Ausschussmitglieder uns mit diesen Argumenten auseinandersetzen und unsere persönlichen Forderungen zur Beseitigung des Rentenunrechts – das schließlich und letztendlich auch in der unterschiedlichen Rente in Ost und West besteht – formulieren. Wir können starke Begründungen für unsere Forderungen – auch zur Beseitigung der Straffrenten – auch aus den „Abschließenden Bemerkungen des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle

Rechte“ des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO vom 20. Mai 2011 in Anspruch nehmen. Dort wird im Punkt 22 ausgeführt:

Der Ausschuss ist besorgt über die Diskriminierung bei der Inanspruchnahme der Rechte auf soziale Sicherheit zwischen östlichen und westlichen Bundesländern, die in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2010 über die Versorgungsansprüche ehemaliger Minister und stellvertretender Minister der DDR zum Ausdruck kommt.

Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat nachdrücklich auf, umgehende

und wirksame Maßnahmen zu treffen, um jede weitere Diskriminierung in der Höhe von Leistungen der sozialen Sicherheit zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern zu verhindern und Fälle, in denen eine solche Diskriminierung besteht, zu lösen.

Aus dieser Kritik des UNO-Ausschusses an der Rentenpolitik der Bundesrepublik müssen wir etwas machen, mit diesem Pfund müssen wir wuchern.

Eberhard Rehling

Unter dem Motto

„Die Welt verändern wir“

lädt der Ernst-Busch-Chor Berlin e.V.

wieder zu seinem alljährlich stattfindenden Konzert am Samstag, dem 21. Januar, und Sonntag, dem 22. Januar 2012 jeweils um 15 Uhr in das Haus der Wissenschaft und Kultur der Russischen Föderation, Friedrichstr. 176 – 179, 10117 Berlin, recht herzlich ein.

Fahrverbindungen:

U2 und U6 bis Stadtmitte oder Bus 100 und 200
Eintrittskarten zum Preis von 10 € erhalten Sie
Dienstag bis Freitag, 14–18 Uhr an der Kasse in
der Friedrichstraße, Tel.: 030/20 302 230
oder über Frau Jutta Bohnau, Tel.: 030/54 80 18 42

Abschied von Ursula Schönfelder

Viele Kampfgefährten versammelten sich am letzten Oktobertag dieses Jahres auf einem Friedhof im Norden des Berliner Bezirks Pankow, um unserer Freundin Dr. Ursula Schönfelder das letzte Geleit zu geben. 82jährig war die stellvertretende GBM-Vorsitzende in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober 2011 einem tückischen Leiden erlegen. Tapfer hatte sie dagegen angekämpft – letztlich vergebens. Wir trauern um sie. Die schmerzliche Lücke, die sie hinterlässt, wird schwer zu schließen sein.

1929 geboren, entschloss sich Ursula Schönfelder in den Jahren des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus im Osten Deutschlands, Neulehrerin zu werden. Nach Studium und Staatsexamen wirkte sie als Hochschullehrerin für Marxismus am Franz-Mehring-Institut der Leipziger Karl-Marx-Universität, dann als Dozentin für Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität, wo sie promoviert wurde und sich habilitierte. Von 1978 bis 1990 arbeitete sie in der Redaktion der „Einheit“, des theoretischen Organs des SED-Zentralkomitees.



Während sie bis dahin noch als Honorar Dozentin an der Universität nebenamtlich tätig war, so war ihres Bleibens dort mit der „Wende“ nicht länger. Sie suchte und fand einen neuen Platz im Ringen um Frieden und sozialen Fortschritt, indem sie 1993 der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde beitrug und fortan in deren Förderkreis „Senioren“ als Konsultantin aktiv wurde. Ungezählten Mitgliedern und Sympathisanten der GBM bleibt sie als Beraterin und Helferin in dankbarer Erinnerung.

In der GBM-Aufbauphase war sie zeitweilig Geschäftsführerin. Dann stellte sie sich für die Tätigkeit in der Rechtsanwaltskanzlei Bleiberg

& Schippert in Berlin-Charlottenburg zur Verfügung, von der die GBM Klagen gegen Rentenstrafrecht und Rentenunrecht ausarbeiten und gerichtlich weiterverfolgen ließ. Zu den gleichen Fragen hielt sie Vorträge in den Ortsverbänden und in anderen Veranstaltungen.

Jahre hindurch, bis zu ihrem Ableben, war sie stellvertretende Vorsitzende unserer Organisation. Viele GBM-Mitglieder kannten sie durch ihr kluges Auftreten als Referentin und Verhandlungsleiterin auf Delegiertenkonferenzen und in anderen Versammlungen. „Uschi“ – so nannten wir unsere Mitstreiterin – war immer ein Vorbild an unermüdlicher Tatbereitschaft, an Kameradschaftlichkeit, auch an Bescheidenheit. Für ihre Verdienste um die sozialen Menschenrechte wurde sie wiederholt ausgezeichnet, auch von befreundeten Organisationen.

Ursula Schönfelders Tod ist für uns alle ein schwerer Verlust. Sie bleibt uns unvergessen. Sie zu ehren und ihr Andenken zu bewahren heißt, in ihrem Sinne unsere Arbeit fortzusetzen.

W. K./G. F.

21 Mitglieder

überwiesen von Mitte Oktober bis Mitte November Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich.

Spenden können auf das Konto der GBM 0013192736 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, gezahlt werden.

Einladung

Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte 2011, verleiht die GBM in einer festlichen Veranstaltung von 10.30 bis 12 Uhr im Russischen Haus der Kultur und Wissenschaften, Kinosaal, in 10117 Berlin, Friedrichstraße 176-179 (U-Bhf. Stadtmitte) ihren diesjährigen Menschenrechtspreis.

Einlass ab 10 Uhr.

Jubiläumsjahr mit guter Bilanz

Dankbar erinnert man sich in Ai Tu an Käthe Reichel

Neben den Halbjahres-Mitgliederversammlungen und der satzungsgemäßen Berichtswahlversammlung zur Neuwahl des Sprecherrates ist in unserem Ortsverband Berlin-Treptow seit nunmehr über einem Jahrzehnt eine weitere Mitgliederversammlung zur festen Tradition geworden: das alljährliche Treffen des Sprecherrates im Dezember mit dem Aktiv der Ehrenamtlichen, für das jemand mal die treffende Bezeichnung „Dankeschön“-Veranstaltung erfand. Dieses Aktiv, das sind die rund zwei Dutzend Rentenkonsultanten, Wohngebietsobleute, Verteiler von Einladungen und Mitteilungen, quasi die personelle Infrastruktur des GBM-Ortsverbandes, ohne die das Verbandsleben nicht florieren könnte. Inhalt dieser Jahresabschluss-Zusammenkunft sind sowohl Jahresrückblick wie -vorausschau, die Würdigung besonderer Leistungen, in der Regel ein Stündchen Unterhaltendes und als krönender Abschluss mit den besten Wünschen für das neue Jahr ein Gläschen „Rotkäppchen“.

Wenn diese Ausgabe der „akzente“ bei den GBM-Mitgliedern eingetroffen sein wird, ist es im „Kiezkclub“ Rathaus Johannisthal wieder einmal soweit. In diesem Jahr gilt es Bilanz

zu ziehen: War dieses Jahr, in dem unsere Gesellschaft ihren 20. Geburtstag beging, ein gutes Jahr für den Ortsverband Treptow?

Das Erreichte kann sich sehen lassen. Der GBM-OV und seine Mitglieder haben sich in ihrem Wirkungsgebiet wie in den Vorjahren hörbar und sichtbar überall dort eingeschaltet, wo sich Möglichkeiten boten, die Satzungsziele unserer Gesellschaft ins Leben umzusetzen. Dafür ein Beispiel: das aktive Auftreten auf dem 19. Treptower-Köpenicker Sozialtag gemeinsam mit dem GBM-OV Köpenick. Ein Kernthema war hier die Postkartenaktion mit der Forderung an Kanzlerin Angela Merkel und die Berliner CDU-Abgeordnete Monika Grütters zur Anpassung der Ostrenten an das Niveau der Renten-West.

In besonderem Maße wurde in diesem Jahr sichtbar, dass eine ganze Anzahl Mitglieder unseres OV nicht nur aktiv in der GBM wirkt, sondern sich auch in anderen regionalen gesellschaftlichen Gremien engagiert für die Interessen der Bewohner einsetzt. So verlieh beispielsweise der Stadtbezirk Treptow-Köpenick, wie schon gemeldet, an unser Sprecherratsmitglied Karl-Heinz Gromoll (86) für sein langjähriges ehrenamtliches



Während der Chemnitzer GBM-Mitgliederversammlung

Wirken (u.a. als Vorsitzender der Seniorenvertretung Treptow bis zur Bezirksfusion und danach als Stellvertreter für Treptow-Köpenick) die Bürgermedaille. Für langjährige und treue Mitgliedschaft und aktives Wirken in der Mieterbewegung (u.a. als Mieterbeirat) wurde unser Mitglied Gisbert Schmidt (80) durch den DMB e.V. mit der Ehrennadel des Deutschen Mieterbundes in Gold geehrt. In den „akzente“ bzw. in unseren Mitgliederin-

formationen wurden bereits die Auszeichnungen von Dr. Christa Anders, Wolfgang Konschel, Klaus Schulz, Christiane Rentmeister und Käthe Streng anlässlich des zentralen Festaktes zum 20. Jahrestag der GBM bzw. in der Veranstaltung zum 100. Jahrestag des Internationalen Frauentags gewürdigt.

Für das Wirken unseres OV ist nicht ohne Belang, welche Konsequenzen sich aus den Berliner Wahlen vom 18. September 2011 ergeben. Die NPD schaffte es dank Stimmverlusten nur noch auf zwei Sitze im Treptow-Köpenicker Bezirkspalament und verlor damit ihren bisherigen Fraktionsstatus, was nicht unerheblich ist; befindet sich deren Zentrale doch in Köpenick und gehen von ihr auch im Berliner Südosten immer wieder provokative rechtsdradikale Aktivitäten aus. Die Piraten sind mit vier Sitzen neu in der BVV vertreten. Den Bürgermeister stellt nach Gabriele Schöttler (SPD) wiederum die SPD mit Oliver Igel, dem mit 33 Jahren jüngsten Bezirksbürgermeister Berlins. Die bezirkliche Ämterverteilung ergab zwei Stadträte für die Linken, darunter Ines Feierabend als Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Arbeit, Soziales und Gesundheit. Das trifft sich insofern gut, weil sich auf diesem Gebiet die größte Schnittmenge an Themen für ein konstruktives Zusammenwirken von GBM und Bezirksamt ergeben. Ines Feierabend kann bereits auf eine erfolgreiche Amtsperiode zurückblicken. Im vergangenen Jahr stand sie an der Spitze des breitgefächerten Treptow-Köpenicker Bürgerprotestes zur Abwehr von Bestrebungen, die kommunalen Seniorenfreizeitstätten in freie Trägerschaften überzuleiten. Angesichts des Älterwerdens der noch 157 Mitglieder unseres OV (Durchschnittsalter: Männer 81 Jahre, Frauen 80 Jahre) und damit zurückgehender Teilnahme an den Mitglie-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Ist der Sozialstaat noch zu retten?

Am 24. Oktober führte unser Ortsverband Chemnitz und Umgebung seine Mitgliederversammlung durch. Als Gast sprach Dr. Pellmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag, Sprecher für Sozialpolitik, zu einigen gegenwärtigen Problemen unter dem Motto „Ist der Sozialstaat noch zu retten?“

In seinen Ausführungen wies er darauf hin, dass der Sozialstaat mehr und mehr in den Hintergrund tritt und die Bevölkerung dafür zahlt, was die Politiker angerichtet haben. Die Losung muss sein: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Es gilt, dem Sozialabbau entgegenzuwirken.

Es ist eine erhebliche Zunahme von Armut zu verzeichnen. Während der Anteil der Armut in der BRD insgesamt bei 13 Prozent liegt, liegt er in Sachsen bei 19 Prozent. Schlimm ist, dass von der Bundeskanzlerin alles von der Regierung Beschlossene als „alternativlos“ deklariert wird. Genau das stimmt nicht, es gibt immer Alternativen, man muss sie nur wollen.

Es entsteht der Eindruck, dass die Regierung die Belastbarkeit der Bevölkerung austestet. Der Referent nannte dafür Beispiele. Zum Thema Renten wies er darauf hin, dass die Bestandsrenten noch relativ gut sind, dass aber die

heute 45- bis 65-Jährigen wesentlich schlechter gestellt sein werden. Das, was die Regierung als Grundsicherung ausgibt, ist eigentlich Sozialhilfeniveau. Weiterhin gibt es in Sachsen noch 50 000 Frauen, die aus der Rentenüberleitung immer noch einen Auffüllbetrag erhalten.

Die Angleichung des Rentenwertes Ost an den allgemeinen Rentenwert wird noch Jahre dauern. Es muss Schwerpunkt des Kampfes sein, diese Annäherung bis 2016 zu schaffen. Die Größenordnung der dafür benötigten Mittel liegt bei ca. 5 Mrd. Euro. Angesichts des gegenwärtigen Finanzpokers müssen wir unsere Rechte massiv einfordern.

Dr. Pellmann ging weiter darauf ein, dass die Altersarmut zur Massenerscheinung wird.

Die Linke hat folgende Vorschläge eingebracht:

- Eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, muss durchgesetzt werden.

- Die Beitragsbemessungsgrenzen sind aufzuheben.

- Die Mindestrente muss bei 900 € liegen (900 € sind gegenwärtig die Armutsgrenze).

- Die Rentenkassen werden die benötigten Mittel nicht allein aufbringen, also muss die Mitfinanzierung aus Steuermitteln gesetzlich geregelt werden.

Zum Bereich Gesundheitswesen führte er aus, dass alle bisherigen Reformen keine wirklichen und nachhaltigen Verbesserungen gebracht haben. Bei der Ausarbeitung der Reformen haben weder Ärzte noch Pflegepersonal noch Patienten noch Kommunen mitgewirkt, sondern nur so genannte „Gesundheitsexperten“. Das Ergebnis ist eine erhebliche Belastung für die gesetzlich Versicherten, weil Leistungen eingeschränkt, Praxisgebühr und erhöhte Zuzahlungen eingeführt wurden. Diese Maßnahmen sind rückgängig zu machen.

Die Linke kämpft:

- für den Wegfall der Zweiklassenmedizin,

- um eine Einheitskrankenkasse, gegenwärtig gibt es noch 140. Diese muss alle Bürger umfassen. Dafür sind gesetzliche Regelungen zu schaffen,

- gegen weitere Privatisierungen im Gesundheitswesen.

Es folgte eine lebhaft Diskussion zu den aufgeworfenen Problemen.

Im Anschluss wurde der Rechenschaftsbericht vom Vorsitzenden Dieter Siegert vorgetragen. Es folgten der Finanzbericht sowie der Bericht der Kassenprüfer. Diese drei Berichte wurden bestätigt. Danach erfolgte die Wahl zum Sprecherrat, der Kassenprüfer und der Delegierten zur Delegiertenkonferenz in Berlin.

Für den Sprecherrat
Ursula Steger

Die Solidarität geht weiter

Schiveli „Auf das Leben!“ • Eine Reise nach Raca in Serbien



So lautet die Überschrift einer Fotoreportage in der „jungen Welt“ vom 22. Oktober – ein Bericht über das gelungene Kinderfest, organisiert durch den Arbeitskreis „Solidarität“ der GBM im Flüchtlingsheim Raca. Doch dort konntet ihr nicht lesen, wie viele Schritte bis dahin nötig waren, um eine schon für den Mai geplante Reise zum Erfolg zu führen.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen von Herzen bedanken, die uns nicht nur gute Wünsche mit auf den Weg gaben, sondern Geldspenden und viele, viele Sachspenden und Hilfe bei der Vorbereitung. Ich möchte stellvertretend Frau Schilling und Frau Hofmann nennen, die liebevoll Sachen für die Kinder einpackten, Familie Mader, deren Tochter kleine Geschenke anfertigte, die sich gut für Preise bei Spielen eigneten, Frau Meise, von der wir Sachen ihrer langjährigen verstorbenen Freundin Trudchen erhielten, und Frau Obst, deren Keller wir nutzen konnten.

Unsere langjährige Patenschaft zum Kinderheim in Kragujevac bewährte sich auch dieses Mal. Wir

fanden dort wieder ein Zuhause und darüber hinaus halfen uns Leiter und Erzieher nun ihrerseits beim Vorbereiten des Kinderfestes im Flüchtlingsheim und spendeten zwei Lederbälle und anderes Spielzeug. Das Kinderheim beschloss auch, nicht benötigtes Bettzeug zum Flüchtlingsheim zu bringen. Alle Solidaritätsgüter sind wohlbehalten im Flüchtlingsheim Raca angekommen.

Wir waren vom 22. bis 30. September zu viert unterwegs. Und zum ersten Mal nahmen wir uns ausreichend Zeit, um Wünsche der Flüchtlingskinder bei diesen selbst zu erfragen und sofort zu verwirklichen. Wir kauften für jedes Schulkind einen Rucksack und je einen Fuß- und einen Volleyball für die Gruppe der Jugendlichen und für die Kleinen ein Volleyballnetz, Mal- und Bastelutensilien, Getränke, Süßigkeiten u.v.m. Sozialarbeiterin Jasna, erfahren im Umgang mit Kindern, und Emilia, eine Sängerin, die durch ihren Beitrag Erwachsene und Kinder zu Tränen rührte, als sie durch Lieder vom Kosovo Sehnsucht weckte, und Dolmetscherin Ljubinka, die auch Lehrerin war, sorgten alle mit für den Erfolg.

Besonders groß war die Begeiste-



Bei Spielen wie „Tauziehen“ gab es viel Begeisterung für alle Altersstufen

Foto: Gabriele Senft

rung beim „Topf schlagen“, dieses Spiel kannten Kinder und Erwachsene nicht. Eltern und Jugendliche halfen, das Fest für die Kleineren unvergesslich schön zu gestalten und hatten selbst viel Spaß. „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!“ – so konnten es alle bei dem Kinderfest erleben.

Seit November 2010 wohnen übrigens neun Familien aus dem Heim in einem Neubau am Rande der Stadt Raca. Ein weiterer Hausbau,

wie der erste gefördert mit EU-Mitteln, ist geplant und hilft wenigstens einigen der Flüchtlingsfamilien zu einem menschenwürdigen Zuhause. Noch leben im Heim 130 Personen, davon fast 50 Kinder.

Sie weiter zu unterstützen ist das Anliegen aller, die im oder mit dem Arbeitskreis „Solidarität“ bei der GBM arbeiten. Die Kinder von Raca freuen sich auf den nächsten Kindertag mit uns.

Gabriele Senft

Jubiläumsjahr mit guter Bilanz

Fortsetzung von Seite 4

derzusammenkünften ist der Treptower Sprecherrat bemüht, die Herausgabe von „GBM Treptow informiert“, das jetzt bereits im 13. Jahrgang erscheint, als wichtiges Bindeglied zwischen Sprecherrat und Mitgliedern aufrechtzuerhalten. Im Jubiläumsjahr erschienen davon wieder drei Ausgaben mit Beiträgen und Informationen aus der Verbandsarbeit und Standpunkten zu aktuellen Problemen. In der Ausgabe Nr. 43/Oktober 2011 wartete unser Mitglied Lore Krajewski unter der Überschrift „Ein Besuch in Ai Tu“, anknüpfend an das erfolgreiche Zusammenwirken unseres Ortsverbandes mit dem Solidaritätsdienst international e.V. (SODI), mit einer Überraschung auf. In den Jahren 2001 bis 2005 hatte unser OV – einem Aufruf der GBM-Menschenrechtspreisträgerin Käthe Reichel folgend – für den Wiederaufbau des im Vietnamkrieg dem Erdboden gleichgemachten Dorfes Ai Tu in einem fünfjährigen Spendenmarathon einen vierstelligen Solidaritäts-Beitrag aufgebracht. 2007/2008 beteiligte unser OV sich nochmals mit Spenden am Aufbau des Ho-Chi-Minh-Kindergartens in Cam Tuyen. Lore Krajewski berichtet, dass ihre

Tochter Christina im Rahmen ihrer Arbeit für Global-Service nach Korea, China und kürzlich auch nach Vietnam kam. In Hanoi besuchte sie ihre Studienfreundin Mi. Mit ihr unterhielten sie und ihre Familie in der DDR freundschaftliche Beziehungen. „Meine Tochter“ – so Lore Krajewski – „erzählte Mi unter anderem, dass ihre Mutter in einer Gesellschaft Mitglied ist, die ein Objekt in Vietnam unterstützt. Gemeint war damit der Ortsverband Berlin-Treptow der GBM. Mi war darüber sehr erfreut und organisierte eine Fahrt nach Ai Tu. Beide Frauen wurden von den Bewohnern des Ortes herzlich empfangen. Es wurde eine Ortsbesichtigung organisiert, bei der über die Hilfe aus Berlin ausführlich berichtet wurde. Meine Tochter nannten sie ‚Mamma‘. Sie hatten auch dankbare Erinnerungen an Käthe Reichel, deren persönliche Hilfe sie nicht vergessen haben.“ „Es macht mich stolz“ – so Lore Krajewski in dem Beitrag abschließend –, „dass ich seit 1993 Mitglied der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde bin, die eine solche lebensnahe Solidarität aktiv unterstützt.“

Hans-Joachim Müller

Beratung mit Sprechern der OV

Am 17. November beriet der Geschäftsführende Vorstand der GBM mit den Sprecherratsvorsitzenden der Ortsverbände über die nächsten Aufgaben. Zu Beginn wurde der verstorbenen stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Ursula Schönfelder ehrend gedacht.

Karl-Heinz Wendt, stellvertretender Vorsitzender, sprach über das geplante Tribunal gegen Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik, das in Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedsorganisationen des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden vorbereitet wird, und erläuterte den Entwurf der Konzeption dafür. Der GBM-Vorsitzende, Prof. Dr. Wolfgang Richter, erinnerte an die Traditionen, die vom Nürnberger Tribunal über die Russel-Tribunale bis zu den Tribunalen über die NATO-Aggression gegen Jugoslawien reichen, und verwies auf die international zunehmende Kampfansage demokratischer Kräfte gegen menschenrechtswidrige Gesellschaftsverhältnisse.

Erörtert wurden weiter die bevorstehende Verleihung des GBM-Menschenrechtspreises 2011 und des Friedenspreises 2012, mit dem der Kampf

gegen den Neonazismus gewürdigt werden soll. Helga Hörning, Mitglied des Vorstands, informierte über Vorhaben der Friedensbewegung, die unsere Mitarbeit erfordern.

Orientiert wurde auf die GBM-Delegiertenkonferenz im nächsten Jahr. In diesem Zusammenhang wurde darüber diskutiert, wie die Arbeit unserer Organisation trotz wachsenden Altersdurchschnitts erfolgversprechend weitergeführt werden kann. - isc -

Vortrag von Felicia Langer

Die israelische Menschenrechtsanwältin Felicia Langer, Trägerin des Alternativen Nobelpreises und des GBM-Menschenrechtspreises, spricht am Dienstag, dem 6. Dezember 2011, um 19.00 Uhr im Ökumenischen Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Wilmersdorfer Str. 163, 10585 Berlin-Charlottenburg (U-Bhf. Richard-Wagner-Platz, Bus M 45) zum Thema „Um Hoffnung kämpfen – Der lange Weg zum Frieden in Nahost“. Der Vortragsabend wird gemeinsam mit der Deutsch-Israelisch-Palästinensischen Freundschaftsgesellschaft veranstaltet.

Grande Dame der deutschen Keramikunst

Am 21. Oktober eröffnete unser Vorstandsmitglied Dr. Peter Michel in der Berliner GBM-Galerie die Ausstellung „Kunstwerke aus Ton“ mit Arbeiten der Keramikerin Ulli Wittich-Großkurth. In der von ihm verlesenen Laudatio von Dr. Günter Meier, den Krankheit am Kommen hinderte, heißt es über die Künstlerin:

Bei meiner Google-Suche nach verwertbarem Stoff über Ulli Wittich-Großkurth flatterte ein Artikel aus dem »BLÄTTCHEN« auf den Bildschirm, den ich Ihnen als Einleitung zu meiner Laudatio auf die Neunundsiebzigjährige gern präsentieren möchte. In seinem Verriss über das Künstlerlexikon der DDR – er fand in der Tat kein anerkennendes Wort für diese Edition – warf der Buchkritiker dem Herausgeber übelste Schlamperei vor. Und nun bitte aufmerksam zuhören: »Nachzutragen für das Jahr 2010 wäre(n) der Tod von ... Ulli Wittich-Großkurth, Jena, die unter den Konsultanten für das Lexikon genannt ist.« Soll heißen: Die lügen in diesem Lexikon schon im Vorwort. Liebe Ulli, ich bitte, Dich zu erheben, damit wir alle Deine seltsame Auferstehung bewundern können. Diese vitale Frau ist fast 80 und noch immer unerschöpflich kreativ, so lebhaft, dass Jüngere nicht aus dem Staunen herauskommen. Alles, was hier in dieser schönen Galerie ausgebreitet ist, wurde in den letzten beiden Jahren geschaffen. Ein paar – wirklich wenige – Ausnahmen sind älteren Datums. Und: Töpfern und freies Aufbauen von schweren Tonmassen zu großformatigen Gartenplastiken, Pflanzkübeln und figurativen Montagen be-



Der GBM-Vorsitzende, Prof. Dr. Richter, beglückwünscht Ulli Wittich-Großkurth zu der gelungenen Ausstellung
Foto: Jens Schulze

deutet Schwerarbeit, Muskeltraining, einem Marathonlauf vergleichbar. Angesichts dieses Irrtums fragt man sich, auf wen der Unmut des Kritikers zielte, auf die Keramikerin, auf den Herausgeber, der mal beim Neuen Deutschland Redakteur war, oder auf sich selbst, weil er sich aus der gegenwärtigen Szene ausgegrenzt fühlt. Die erfolgreiche Künstlerin ist seit 64 Jahren selbstständige Kunsthandwerkerin in Jena. Ihre Werkstatt im Garten des elterlichen Anwesens am Rande der großen Stadt nannte sie »Töpferklause«. Und als Klausnerin, töpfernde Herstellerin von gebrauchsfähigem Alltagsgeschirr, verstand sie sich als Kleinserien-Produzentin, deren Leistung von den Staatsbehörden als Produzentin von »Waren des täglichen Bedarfs« eingestuft und wirtschaftlich geplant war.

Schon in diesen ersten Jahren ihrer Selbstständigkeit erweckte sie die Aufmerksamkeit ihrer einstigen Lehrer und der Kunstkritik. Sie war von Meister Gebauer aus Bürgel zu höchster Formstrenge und eiserner Einhaltung der dinglichen Qualität bei der Bearbeitung der Tonmasse, der Glasuren und des Brennregimes gedrillt worden. Das Gefühl für die Ästhetik der Form-und-Zweck-Synthese scheint bei ihr angeboren zu sein. Diese Anfangsjahre, in denen sie auch ihre Familie gründete und zwei – wie wir heute wissen – tüchtige und geachtete Kunsthandwerker ins selbstständige Leben führte, hat sie brillant gemeistert. Sie blieb aber bis Mitte der Sechzigerjahre die Klausnerin für solides Gebrauchsgeschirr. Doch die recht strengen, dem Bauhaus-Charme verwandten geometrischen Zweckformen begann sie bald mit einfachen Ritz- und Kerbdekoren zu erfreuen. Bauhäusliche Keramik sei das, spotteten die damaligen Designer. Diese Kritik war damals schon absurd. Denn Kunsthandwerk und Design (was in der DDR »Industrieformgestaltung« genannt wurde)

sind damals schon zwei verschiedene Schuhe gewesen. Fritz Kämpfer, seinerzeit Direktor des Museums für Kunsthandwerk in Leipzig (Grassimuseum), arbeitete den Unterschied heraus: »Das Kunsthandwerk schafft – im Vergleich zur Industrieformgestaltung – das Aus-Gezeichnete, zugleich das Singulare, den Sonderfall, und damit ... das Seltene. Es ist das zum besonderen Anlass Geschaffene. Es ist das Geschmückte und stets das Schmückende.«

Aus dem Thüringer Raum in die Welt der Künste trat sie erstmalig mit ihrer Teilnahme an der Ausstellung »Kunsthandwerk der DDR« in Erfurt 1969. Der damalige Rektor der Hochschule für Gestaltung in Halle, Walter Funkat, nahm ihre damals aktuellen Arbeiten in sein opulentes Buch »Kunsthandwerk der DDR«, erschienen anlässlich des 20. Jahrestages der DDR, auf. Und so wurde sie überregional – auch im Ausland – bekannt und als frei arbeitende Künstlerin wahrgenommen. Seit 1968 lud sie das Grassimuseum zu den ständigen Jahresausstellungen in die Messestadt Leipzig ein. Internationale Beachtung ihres Könnens erwarb sie 1974 auf der ersten Quadriennale des Kunsthandwerks Sozialistischer Länder in Erfurt, auf der sie für ihre Rokoko-Adaptionen zum Schloss Molsdorf einen internationalen Zweiten Preis erhielt. Obwohl diese Internationale Ausstellung wegen der herrschenden

Spaltung der Welt in Ostblock und Westblock von der offiziellen westlichen Politik nicht wahrgenommen wurde und auch nicht wahrgenommen werden durfte, hat die westliche Fachwelt der Printmedien und der Museen die künstlerischen Bewegungen bei uns – wie man erst heute von seriösen Kunsthistorikern der jungen Generation erfahren kann – akribisch wahrgenommen. Mit der erstmaligen Aufnahme ihrer Keramikobjekte in die VIII. Kunstausstellung der DDR 1977 in Dresden war sie in der ersten Reihe der Keramikgestalter der DDR angekommen. Die weltberühmte Meißner Porzellanmanufaktur lud sie 1981 zu einem Symposium anlässlich des international gefeierten Böttgerjahres ein. Ein Katalog bezeugt dies.

Im Wendejahr 1989/90, als alle Künstler der DDR ihre staatlich garantierten Subventionen auf elektrische Energie, Niedrig-Besteuerung und gedeckelte Gewerbemieten verloren, hat sie den Kopf hoch gehalten und sich um die Neugründung eines Thüringischen Kunsthandwerkerverbandes bemüht. Das hat vielen ihrer Kollegen wieder neuen Optimismus verschafft. In manchen Zeitungsbeiträgen bezeichnet man sie als »Grande Dame« der deutschen Keramik-Kunst, ein Prädikat, das außer ihr nur Hedwig Bollhagen zugestanden wurde. Vor zwei Jahren wurde sie in dem zweibändigen Werk »Deutsche und internationale Keramik seit 1946«, das zur gleichnamigen Ausstellung im Grassimuseum zu Leipzig erschien, nicht nur gelistet, sondern auch abgebildet. Der Buchautor zeigte sich überrascht von der hohen künstlerischen und innovativen Qualität der DDR-Kunsthandwerker. Wir alteingesessenen DDR-Kunstsammler und Kunstwissenschaftler können darüber nicht staunen, weil wir das schon seit Jahrzehnten gewusst haben. Aber streiten wir nicht darüber und freuen uns lieber, dass nun auch die deutschen Kunstwissenschaftler wieder autonom urteilen können.

*

Die Verkaufsausstellung in der GBM-Galerie, Berlin-Lichtenberg, Weilingstraße 89, ist bis zum 9. Januar 2012 montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr geöffnet.

Gehrter „Aktivist“

Im November wurde die Rekonstruktion der Eisenhüttenstädter Gaststätte „Aktivist“ mit dem Deutschen Denkmalpreis ausgezeichnet. Dazu übermittelte Dr. Peter Michel, Sprecher des Arbeitskreises „Kultur“ des GBM-Bundesvorstands, der Bürgermeisterin Dagmar Püschel herzliche Glückwünsche. In seinem Schreiben wird betont, dass „wir mit großer Anerkennung die denkmalpflegerischen Leistungen bei der Pflege des in den Fünfzigerjahren und danach entstandenen neuen Stadtzentrums verfolgen. Eisenhüttenstadt hat sich zu einem lebendigen Museum der Architektur- und Kunstgeschichte der DDR entwickelt, und nach den zahlreichen Enttäuschungen über Verdrängungs- und Vandalenakte im Umgang mit in der DDR entstandener Architektur und Kunst an anderen Orten ist diese Auszeichnung ein Zeichen der Vernunft.“

Werkschau mit Arbeiten von Heidrun Hegewald

Am 17. Dezember wird um 11 Uhr in der Städtischen Galerie Eisenhüttenstadt eine umfangreichere Werkschau unserer Menschenrechts-Preisträgerin Heidrun Hegewald eröffnet, die kürzlich ihren 75. Geburtstag begehen konnte. Aus diesem Anlass wird zwischen der Künstlerin und dem Kunstarchiv Beeskow eine Vereinbarung zur Übernahme des künstlerischen Nachlasses unterzeichnet. Dazu sind die Mitglieder des Freundeskreises „Kunst aus der DDR“ herzlich eingeladen; Interessenten melden sich bitte in der GBM-Geschäftsstelle.

Nachdenken über unsere Welt

Seit mehr als 20 Jahren toben sich die Ewiggestrigen aus, den Sozialismus zu verteufeln, ihm Dinge unterzuschieben, die nicht zu ihm gehören und eher in Gesellschaften anzusiedeln sind, die den Reichtum der besitzenden Klassen garantieren. Was haben die kapitalistischen Pharisäer nun erreicht? Das Wort „Sozialismus“ und die Hoffnung auf das Gute durch ihn lebt bei den Menschen fort, selbstverständlich auf einen besseren Sozialismus, als es ihn über 40 Jahre in Europa gegeben hat.

Was haben die Verteidiger des Kapitalismus eigentlich zu bieten? Solange er besteht, ist er eine Gesellschaft von Krisen, der Arbeitslosigkeit, ein Paradies für die Reichen, eine Gesellschaft, die den Krieg nicht lassen kann und nicht geeignet ist, friedfertige Zeiten zu garantieren. Von ihren Vertretern werden Auswege gesucht, den Kapitalismus irgendwie zu retten; aber Lösungen können sie nicht garantieren. Sie finden keine Auswege, weil das Privateigentum an den Hauptproduktionsmitteln keine Chance für eine krisenfreie Wirtschaft geben kann, selbst wenn sie es wollten. Der mehr als hundertjährige Kapitalismus hat sich zum ausgeprägten Imperialismus gemausert und kann keine Möglichkeit für gesellschaftlichen Fortschritt bieten. Er ist heute – im 21. Jahrhundert – ein tiefsitzender gesellschaftlicher Fehler, der von den kapitalistischen Machern als solcher nicht erkannt wird und nicht erkannt werden kann. Sie setzen sich über die geschichtliche Wahrheit hinweg, dass ihre Gesellschaft verheerende Krisen und Kriege mit Millionen von Toten hervorgebracht hat. Ihr Gewissen wird nicht von Friedfertigkeit gelenkt, sondern von der Wollust an Kapital und Reichtum.

Was sich gegenwärtig im „Vereinigten Europa“ auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet abspielt, mit Bankenrisen, Zahlungsunfähigkeit kleinerer kapitalistischer Staaten, mit kolossalen Einschränkungen für das arbeitende Volk, mit sogenannten Hilfsaktionen reicher Staaten für krisengeschüttelte Länder, mit ihrer folgeschweren Rückzahlung an die reichen Staaten, bestätigt in überzeugender Weise, was W. I. Lenin 1915 in seiner Arbeit „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ geschrieben hatte: „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitaleports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und zivilisierten Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“ (L, Bd. 21. S. 343)

Die führenden imperialistischen Staaten bieten sich als „Friedensstifter“ an, nennen sich Vertreter der Demokratie und mischen sich in fremde Län-

der ein, um wie ein gewaltiger Tsunami die ganze Welt kapitalistisch überschwemmen zu wollen. Sie pfeifen auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, preisen sich als demokratische Weltverbesserer. Ein Demokrat kann aber nur sein, wer ein anderes Volk selbst entscheiden lässt, welche Ordnung für sein Land die beste ist. Kein Volk kann von außen her zu einer Ordnung mit Waffengewalt, die Tausende von Toten kostet, gezwungen werden. Gerade diese Methode war in der bisherigen Menschheitsgeschichte die Ursache für grausame Kriege, die Millionen Menschen das Leben kostete. Nimmt man die Kriege des 20. Jahrhundert, so ergibt sich folgendes Bild: In den fünfziger Jahren wurden durchschnittlich 12 Kriege pro Jahr geführt, in den 60er-Jahren 22, in den 70er-Jahren 32, in den 80er-Jahren 40. Es scheint sich der Kriegspegel zur Zeit auf 50 bis 60 Konflikte einzustellen. Die Zahl der Kriege hat sich in einer Zeitspanne von nur 50 Jahren vervierfacht, und das Gerede von Politikern entpuppt sich als Geschwätz zur Irreführung der Massen. Ein Historiker hatte es sich vor Jahren, als die Erde noch 2,4 Milliarden Menschen zählte, zur Aufgabe gemacht, die Toten zu zählen, die die bisherigen Kriege gebracht hatten. Er kam auf 2 Milliarden.

Seit die Erde besteht, wurden Herrschaftsinstanzen hervorgebracht, in denen bestialische Methoden zur Tötung von Menschen an der Tagesordnung waren. Die Kirche war mit ihren Kreuzzügen, Völker in die christliche Lehre zu zwingen, nicht schuldlos. Wenn die heutige Kirche – ob evangelisch oder katholisch – glaubhaft sein will mit ihrer Predigt „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, müsste sie eigentlich auf der Seite derer stehen, die mit ihrer sozialistischen Orientierung zutiefst dem christlichen Glauben entsprechen. Ein Theologe aus Nicaragua, Ernesto Cardenal, ist so kühn, sich Kommunist zu nennen und zu behaupten, dass die ersten Christen und Jesus selbst Kommunisten waren. Bei Lukas, dem Evangelisten, sei auch geschrieben, „dass jedem nach seinen Bedürfnissen gegeben werde“. Ebenso hätten es Karl Marx und Friedrich Engels später im „Kommunistischen Manifest“ formuliert.

Die Erde selbst ist kein Gottesgeschenk. Ihre Existenz ist der interessanteste Zufallstreffer bei der Entstehung des Weltalls überhaupt. Von den Abermilliarden Sternen des Weltalls ist sie bis heute der einzige Planet, der Leben in vielfältigen Formen bis zum intelligenten Menschen hervorgebracht hat. Die chemischen Elemente Wasserstoff, Sauerstoff, Kohlenstoff, Stickstoff wurden zur Voraussetzung für die Entstehung des Lebens in seinen vielfältigen Formen. Lebensgarantie hat die Erde durch die durch-

Wir gratulieren!

Wir beglückwünschen alle Geburtstagskinder des Monats Dezember. Besonders herzlich grüßen wir

zum 99. Geburtstag
Walter Anders, Berlin

zum 97. Geburtstag
Rudolf Adam, Berlin
Prof. Dr. Johannes Zelt, Berlin

zum 94. Geburtstag
Herbert Mädler, Gera

zum 92. Geburtstag
Susanne Görnandt, Potsdam
Ernst Neubert, Berlin

zum 90. Geburtstag
Gerhard Graf, Berlin
Gertrud Kopitz, Berlin
Margarete Marggraf, Berlin

zum 89. Geburtstag
Ursula Marx, Berlin
Hans Rosenthal, Theißen
Dr. Gerhard Winkler, Berlin

zum 88. Geburtstag
Horst Doering, Berlin
Karl Dumke, Friedersdorf/Oderbr.
Dr. Fritz Hilbert, Zeuthen
Werner Knörnschild, Hirschberg
Prof. Dr. Ernst Machacek, Berlin
Gerhard Mertins, Berlin
Hildegard Müller, Schwerin
Ernst Mutschka, Berlin
Hildegard Stölzel, Berlin
Paul Voigt, Berlin

zum 87. Geburtstag
Marianne Berge, Berlin
Rolf Bille, Görlitz
Dr. Johannes Richter, Wandlitz
Hans Stieler, Dresden
Gisela Töpfer, Berlin

und nachträglich:
Siegfried Heger, Berlin

zum 86. Geburtstag
Bruno Kiesler, Berlin
Herbert Schümann, Schwerin
Harald Waldherr, Gera

zum 85. Geburtstag
Isabella Bondzio, Berlin
Käte Christ, Berlin
Anneliese Dehler, Berlin
Ruth Fritzsche, Freiberg
Friedel Karrer, Gleichen
Prof. Dr. Horst Müller, Berlin
Hannelore Polkowski, Berlin
Christel Reimann, Bernau
Rudolf Rogge, Schwerin
Elfriede Schürer, Chemnitz
Heinz Stöwer, Neubrandenburg
Dr. Horst Tschirschwitz, Berlin
Christel Waldhaus, Halberstadt
Otto Wendt, Cottbus
Hans Woitek, Berlin
und nachträglich:
Christa Meusel, Berlin
Harry Prill, Brandenburg

zum 80. Geburtstag
Gerhard Bloch, Berlin
Prof. Dr. Gerhard Öhlmann, Berlin
Prof. Dr. Johannes Oehme,
Klein Wanzleben
Margot Savilla, Berlin

zum 75. Geburtstag
Johanna Güther, Chemnitz
Irma Hemmerlein, Berlin

schnittliche Entfernung von der Sonne mit 159,8 Milliarden Kilometern. Eine Abweichung von ein bis zwei Prozent, in Minus wie in Plus, würde sie entweder in einen Eisplaneten oder eine Wüste verwandeln. Milliarden Jahre hat die Erde ohne Leben existiert. Und sie wird auch eines Tages ohne Leben weiter existieren, wenn die Sonne nach 4,7 Milliarden Jahren ihre Funktion als Wärmespende aufgeben wird. Das Leben auf der Erde wird also nicht ewig sein. Ob die Menschheit bis zur schlei-

chenden Erkaltung der Sonne existent sein wird und Pläne für die Auswanderung auf andere Planeten gefunden werden, steht in den Sternen. Ich selbst glaube nicht an diese Exkursion. Aber ich glaube daran, dass in der Zeit, die uns zu leben bleibt, eine Ordnung gefunden ist, die dem „homo sapiens“ (lat.: weiser Mensch) zur Ehre gereicht, und die Menschheit sich nicht durch ein atomares Inferno von ihrem Planeten verabschiedet.

Rudolf Dix, Zeuthen

Keine Meinungsfreiheit für Neonazis

Unser Vorstandsmitglied Ernst Jaeger, Zepernick, richtete folgende Leserzuschrift an die „Märkische Oderzeitung“:
Letztinstanzlich genehmigten Richter der BRD den Bundesparteitag der NPD-Aktivisten in Neuruppin. Ein Zuhause für Neonazis! „Heil Deutschland“! Die Saat Adenauers erblüht. Nazideutschlands Erben ma-

chen Jagd auf Ausländer und Gegner. Menschenfeindlich!
Der Richterspruch beruft sich auf Gleichheitsgebot und Meinungsfreiheit. Eine Gleichstellung der NPD mit dem Rest der Republik? Sitzblockaden verboten!
Wann wird endlich das NS-Unrecht in der BRD aufgearbeitet?

Herausgeber:
Bundesvorstand der
Gesellschaft zum Schutz
von Bürgerrecht und
Menschenwürde e. V.,
Weitlingstraße 89,
10317 Berlin

Tel.: 030/5578397
 Fax: 030/5556355
 e-mail: gbmev@t-online.de
 website: www.gbmev.de

Bankverbindung:
 Berliner Sparkasse,
 BLZ 100 500 00,
 Kto. Nr. 0013 192 736

Geschäftszeiten:
 Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
 Fr. 9.00–12.00 Uhr

Rentensprechstunden:
 am ersten Mittwoch des Mo-
 nats nach telefonischer An-
 meldung in der Geschäfts-
 stelle; auf gleichem Wege kön-
 nen auch andere Termine ver-
 einbart werden.

V. i. S. d. P.:
 Prof. Dr. Gerhard Fischer
 Layout: Helmut W. Busch

Erscheint monatlich im
 GNN-Verlag, Badeweg 1,
 04435 Schkeuditz

Für den Inhalt namentlich ge-
 zeichneter Beiträge sind die
 Autoren verantwortlich.

Herausgeber und Redaktion
 haften nicht für unaufge-
 forderte eingesandte Manu-
 skripte. Sie behalten sich
 das Recht vor, über den Ab-
 druck eingesandter Beiträge
 zu entscheiden und zum Ab-
 druck kommende Beiträge zu
 kürzen.

Die „akzente“ dienen dem
 Gedankenaustausch der Mit-
 glieder und Ortsverbände.
 Artikel können bei Behörden
 nicht als rechtsverbindliche
 Auskunft benutzt werden.

Redaktionschluss: 16.11.2011
 Redaktionschluss der nächs-
 ten Ausgabe: 05.01.2012

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

- | | |
|-----------------------------------|-------------------------|
| Büttner, Edith | Berlin |
| Dickhoff, Werner | Bernau b. Berlin |
| Döring, Martin | Berlin |
| Prof. Dr. Gerlach, Manfred | Berlin |
| Hagenau, Benno | Rehfelde |
| Prof. Dr. Heuer, Uwe-Jens | Berlin |
| Jähnigen, Günter | Berlin |
| Kürth, Karl G. | Berlin |
| Müller, Annemarie | Altenburg |
| Stuckmann, Heinz | Köln |
| Werner, Friedhold | Schleiz |
| Wieczisk, Georg | Berlin |
- Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.**

Aus den Ortsverbänden

Chemnitz und Umgebung

Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte 2011, findet von 10 bis 12 Uhr im Veranstaltungsraum des Rothauses e.V., Lohstraße 2, 09111 Chemnitz ein Vortrag mit Diskussion zum Thema „Die BRD im Lichte der Menschenrechte“ statt. Es referiert Harald Nestler, Sprecher des GBM-Ortsverbandes Berlin-Köpenick; er nahm als

Vertreter der GBM an den abschließenden Arbeiten der wsk-Allianz, die den Parallelbericht zum BRD-Staatenbericht über die Einhaltung des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vorlegte, und im Mai an den Beratungen des betreffenden UN-Ausschusses in Genf teil. Gemeinsame Veranstaltung mit GRH, ISOR und Rothaus e.V.

Hat mein Mitgliedsbeitrag die richtige Höhe?

Auch im laufenden Jahr waren unsere Mitglieder und Sympathisanten wieder spendenfreudig. Der Vorstand bedankt sich herzlich bei allen Spendern. Er möchte aber auch an die Beitragsehrlichkeit erinnern. Alle Mitglieder sollten bitte selbst überprüfen, ob ihr Beitrag noch der satzungsmäßigen Höhe entspricht. Das heißt: 1,50 Euro bei einem Netto bis 700 Euro, darüber 2,60 Euro monatlich. Nur mit den eingehenden Beträgen läßt sich auch künftig exakt planen.

Sozialgrenze

In der „Berliner Zeitung“ vom 9. November 2011 veröffentlichte unser Vorstandsmitglied Eberhard R e h l i n g folgende Anzeige:
 In Berlin entdeckte ich Pflastermalereien, die auf den Fortbestand einer Sozialmauer hinweisen. Sie verläuft entlang der ehemaligen

Staatsgrenze DDR zur BRD. Ostseitig sind Löhne bis 30 und Renten 12 Prozent niedriger, nach dem 1. Juli 2012 immerhin noch 10,5 Prozent. Die Regierenden schwärmen von der Einheit Europas, sind jedoch nicht in der Lage, einheitliche Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen.

ADRESSFELD

Abzug mit Schimpf und Schande



Am 27. Oktober veröffentlichte die „Märkische Oderzeitung“ folgenden Leserbrief unseres Vorstandsmitglieds Ernst Jager (Panketal):
 Der Irakkrieg kostete mehr als eine Billion US-Dollar, 4500 amerikanische Soldaten starben. Was hat es gebracht? Man erinnere sich an die abscheulichen Nacktfotos von Gefolterten, das Niederballern von flüchtenden Zivilisten, an die Vernichtung von Kulturgut und Wohnraum, die zerstörte Infra-

struktur, die vielen tausend getöteten Frauen und Kinder, die Leiden eines ganzen Volkes. Nein, die USA-Invasoren verlassen das Land mit Schimpf und Schande. Bagdad hat es deutlich gemacht: keine Immunität für Kriegsverbrecher!

„Teufelsbuhlschaft und Teufelswerk“ betitelt Ernst Jager seine Collage (2003) zum Thema „Zustimmung und Beten für Bushs Krieg im Irak“, die wir hier wiedergeben.

ANZEIGE

Verschenken Sie doch mal die jungeWelt!

FÜR 6 WOCHEN (30 Euro)
 + Prämie:
 »Blende«-Kalender
 mit einer Auswahl besonders interessanter Bilder des jW-Fotowettbewerbs aus den Jahren 2009 und 2010. (Medien geschlossen 340 x 230 mm, offen 485 x 340 mm)

FÜR 13 WOCHEN (60 Euro)
 + Prämie:
 »Zündschnüre«
 Von Franz Josef Degenhardt
 Eine Gruppe proletarischer Jugendlicher schließt sich 1944 einer antifaschistischen Widerstandsgruppe an. Der stark autobiographische Roman in einer Wiederauflage im Verlag Kulturmaschinen.

+ Geschenkkunde

Mit dem Geschenkabo der jungen Welt machen Sie Ihren Verwandten oder Bekannten eine ganz besondere Freude. Lassen Sie Ihnen für sechs Wochen (zum Preis von 30 Euro) oder für 13 Wochen (zum Preis von 60 Euro) die jW zukommen. Das Abo beginnt am 2. Januar 2012. Es ist keine Abbestellung nötig. Das Geschenkabo verlängert sich nicht automatisch. Bestellungen bis spätestens 19. Dezember an Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder per Fax an die 030/53 63 55-44. Telefonische Bestellung über 030/53 63 55-80.

Im Internet:
www.jungewelt.de/weihnachtsabo



Ja! Ich verschenke die junge Welt

für sechs Wochen + Prämie zum Preis von 30 Euro
 für dreizehn Wochen + Prämie zum Preis von 60 Euro

Frau Herr

Name / Vorname: _____ Akzente: _____ Telefon: _____

Adresse: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Datum/Unterschrift: _____

Das Geschenkabo geht an:
 Frau Herr

Ich verzichte auf eine Prämie

Das Abo verlängert sich nicht automatisch.

Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag für das Abo von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut / Bankleitzahl: _____
 Kontonummer: _____

Name/Vorname: _____

Rücklastgebühren, die nicht der Verlag zu verantworten hat, gehen zu meinen Lasten.

Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Straße / Nr.: _____ Datum/Unterschrift: _____

PLZ/Ort: _____